

**Presse-Mitteilung (Sperrfrist 04.11.2015, 10:30 Uhr)**

4. November 2015

**Psychiatrieausschuss fordert:  
Rechtzeitiger Zugang zu psychiatrischer Versorgung ohne Zwang!**

Am 4.11.2015 übergibt der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung dem Landtagspräsidenten und dem Minister für Arbeit und Soziales seinen 22. Bericht.

Im Fokus des Berichts steht in diesem Jahr die Notwendigkeit der längst überfälligen Novellierung des Gesetzes über die Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen (PsychKG LSA). Der Ausschuss setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Chance zu einer gesetzlichen Bestimmung des Rahmens einer modernen, strikt auf die Wahrung der Patientenrechte und die Stärkung der Teilhabe ausgerichteten psychiatrischen Versorgung zu nutzen. Es kann nicht nur darum gehen, die Regelungen zu Zwangsmaßnahmen an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts anzupassen. Im Vordergrund soll die Vermeidung von Zwang stehen! Dazu ist es erforderlich, überall im Land die gemeindenahere psychiatrische Versorgung zu stärken, damit unabhängig von Herkunft und Wohnsitz der rechtzeitige Zugang zu psychiatrischer Versorgung gewährleistet wird.

Weitere Themen sind der anhaltend hohe Anteil von Menschen, die wegen einer geistigen oder seelischen Behinderung in Heimen leben, und die personelle Ausstattung der ambulanten Eingliederungshilfe. Bundesweit erhielten im Mittel Ende 2013 rund 2,6 pro 1.000 Einwohner stationäre Leistungen der Eingliederungshilfe, in Sachsen-Anhalt dagegen 4,3 pro 1.000 Einwohner. Das ist im Bundesvergleich der höchste Wert. Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit der ungünstigsten Personalausstattung für den Personenkreis der Menschen mit seelischen Behinderungen, obwohl jährlich enorme Summen für die Eingliederungshilfe aufgewendet werden.

Schließlich muss auf den unbefriedigenden Ausgang jahrelanger Diskussionen über die Unterrichtsversorgung in den Kliniken und Tageskliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie hingewiesen werden.

Jenseits von Ereignissen der Tagespolitik bleibt die Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und seelischen Behinderungen ein Thema, das dauerhafte Aufmerksamkeit erfordert.

Dr. med. Bernd Langer  
Vorsitzender des Ausschusses